Erneute Verzögerung im Zeitzer Forst

24.04.2013 19:37 Uhr

Die öffentlichen Proteste gegen den geplanten Bau einer Schießanlage im Zeitzer Forst, wie hier zu Ostern, dauern an. (BILD: HARTMUT KRIMMER)

VON BIRGER ZENTNER

Die Bundeswehr will letzte Gutachten zum Bauvorhaben einer Schießanlage im Zeitzer Forst nun Anfang Mai einreichen. Ursprünglich sollten die Unterlagen bereits im März bei der Kreisverwaltung vorliegen. Die Bürgerinitiative findet das Vorgehen skandalös.

Twittern 2 +1 0 Empfehlen 3 per Mail Drucken

BREITENBACH/MZ. Im Streit um das Genehmigungsverfahren für die Bundeswehr-Schießanlage im Zeitzer Forst gibt es erneut Verzögerungen. Das Gutachten eines Büros, das sich mit den Auswirkungen des Bauvorhabens auf die Biotope im Zeitzer Forst beschäftigt, kann die Bundeswehr erst bis zum 3. Mai einreichen. Dass diese Information für eine erneute Terminverschiebung vorliegt, bestätigte am Mittwoch auf MZ-Nachfrage der 1. Beigeordnete des Landrates, Dieter Engelhardt. „Ich selbst bin genervt von diesen ständigen Verzögerungen“, kommentierte er diesen Umstand. In der Bürgerinitiative (BI) „Kein Schuss im Zeitzer Forst“, die sich grundsätzlich gegen den Neubau einer Schießanlage wendet, gibt es nur noch Kopfschütteln. „Ich finde das Verhalten der Bundeswehr skandalös und auch lächerlich“, sagte BI-Sprecher Michael Kretschmer gegenüber der MZ. „Wer ein solches Bauvorhaben plant, sollte doch in der Lage sein, innerhalb von sieben Monaten die notwendigen Unterlagen vorzulegen “, so Kretschmer weiter.

Ursprünglich sollten die Unterlagen der Bundeswehr bis Ende März bei der Kreisverwaltung vorliegen. Eingegangen sind sie am 19. April, ausgefertigt mit dem Datum vom 14. April. Dass nun wieder etwas fehlt, ist aus Sicht von Engelhardt unverständlich. „Wir können ja auch erst mit der Bearbeitung anfangen, wenn alles vollständig ist.“ Danach würden immer noch zwei bis drei Monate Zeit vergehen, ehe der Landkreis eine neue immissionsschutzrechtliche Bewertung fertig hat. „Bevor das passiert, werden wir auch noch einmal die Widerspruchsführer anhören“, versicherte Engelhardt. Eine Sache, die von Kretschmer ausdrücklich begrüßt wird, „das entspricht auch unseren Forderungen“.

Widersprüche hatten eine Privatperson sowie der Naturschutzbund (Nabu) eingelegt. Das hatte ja auch dazu geführt, dass im August vorigen Jahres die Bundeswehr aufgefordert wurde, neue Gutachten zum Schallschutz, aber auch zum Naturschutz vorzulegen. In der Konsequenz soll nun bekanntlich die Schießanlage verkleinert werden. Behauptungen von Bundeswehrvertretern im Fernsehen, dass die entsprechenden Unterlagen dafür bereits seit Monaten beim Landkreis vorliegen würden, hat Engelhardt am Mittwoch zurückgewiesen. „Erst mit dem Eingang der Papiere vom 19. April haben wir das schriftlich“, sagte er. Er wolle nicht ausschließen, dass in Gesprächen schon einmal seitens der Bundeswehr eine Verkleinerung des Projekts erwogen worden ist, „aber bislang war das in keinerlei Unterlagen aufgetaucht“. Die entsprechenden Zeichnungen seien jetzt beigelegt worden.

Welche Darstellung nun richtig ist, will jetzt der Weißenfelser Landtagsabgeordnete Rüdiger Erben (SPD) von der Landesregierung klären lassen. Er hat deshalb eine sogenannte kleine Anfrage an die Regierung gestellt, wie aus einer Veröffentlichung auf seiner Internetseite hervorgeht.